

Friedrich Merz vor der Kanzlerschaft: Koalitionsvertrag sorgt für Unruhe

Am 11. April 2025 diskutiert die Remszeitung über den Koalitionsvertrag von Union und SPD sowie internationale politische Entwicklungen.

Istanbul, Türkei - Am 11. April 2025 wurde klar, dass der Koalitionsvertrag zwischen der Union und der SPD unter Druck steht. Die politische Landschaft in Deutschland könnte sich bald ändern, da Friedrich Merz (CDU) voraussichtlich im Mai zum neuen Bundeskanzler gewählt wird. Dies hängt jedoch stark von der Zustimmung der SPD-Mitglieder ab, die am 15. April eine Befragung ihrer 358.000 Mitglieder einleiten wird. Unzufriedenheit innerhalb der Partei über die Zugeständnisse an die Union könnte die Zustimmung erschweren. Die Befragung endet am 29. April und könnte entscheidend für Merz' Kanzlerambitionen sein, wie **Remszeitung** berichtet.

Parallel zu den politischen Entwicklungen in Deutschland gibt es internationale handels- und wirtschaftspolitische Spannungen, die direkte Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben könnten. US-Präsident Donald Trump hat kürzlich einen Großteil neuer Zölle ausgesetzt, was zunächst zu positiven Reaktionen an den Aktienmärkten führte, während der Anleihenmarkt eher zurückhaltend reagierte. Diese Zollpause soll 90 Tage andauern, währenddessen Verhandlungen bis zum Sommer stattfinden sollen. Diese Situation ist jedoch nicht ohne Risiken, da Kanada, Mexiko und China bereits Gegenmaßnahmen angekündigt haben, um ihre Interessen zu schützen, so **t-online**.

Handelskonflikte und deren Auswirkungen

Die Zölle stellen ein zentrales Element der globalen Handelskonflikte dar und sind eng mit dem Trend zum Protektionismus verbunden. Laut **Deutschlandfunk** wurden Zölle in den letzten Jahren verstärkt von Schwellenländern erhoben, was einen Rückgang des Freihandels zur Folge hat. Dies spiegelt sich auch in den Reaktionen der EU wider, die die verhängten Zölle kritisiert und eine Überprüfung fordert. Die Zölle gefährden die integrierten Lieferketten und setzen die wirtschaftliche Stabilität sowohl in Nordamerika als auch in Europa unter Druck.

Die USA, die historisch gesehen führend beim Abbau von Zöllen waren, scheinen sich durch Trumps Politik vom offenen Handel abzuwenden. Mit Zöllen versucht Trump, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Ziele zu verfolgen. Es ist zu befürchten, dass eine Eskalation der Zollkonflikte die Inflation antreiben und globalen wirtschaftlichen Druck erzeugen könnte. Unternehmen sehen sich gezwungen, Investitionen zu verschieben oder sogar Produktionsstandorte in die USA zu verlagern, um die neuen Zölle zu umgehen.

Die Zukunft des Handels und der internationalen Beziehungen bleibt ungewiss. Während einige Staaten versuchen, ihre Marktanteile zu verteidigen, könnten die Auswirkungen von erhöhten Zöllen letztlich auch die USA selbst belasten. Ein Handelskrieg hätte das Potenzial, die US-Wirtschaft zu schädigen und deren internationale Stellung zu schwächen.

Internationale Sicherheitsmissionen

Details	
Ort	Istanbul, Türkei
Quellen	• www.remszeitung.de • www.t-online.de • www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de